



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 3. Mai 2018 im Turbensaal in Bellach 19.45 – 22.00 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 86, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 44
Gäste: 5 + Referent Oswald Sigg

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Bea Heim, Irene Meier-Reber

Kantonsratsfraktion: Simon Bürki, Urs Huber, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Fabian Müller

Rechnungsprüfungskommission: Simon Bürki, Fatma Tekol

Beschwerde- und Schiedskomm: Christine Bigolin

Sektionen: Willi Bhend (Fulenbach), Peter Brudermann (Kanton SO), Walter Uebelhart (Solothurn), Ruth Bürgler (Trimbach), Pascal Haussener (Wangen bei Olten)



Geschäftsliste

1. **Eröffnung des ordentlichen Parteitages**
2. **Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 18. Januar 2018 in Balsthal**
5. **Genehmigung der Jahresrechnung 2017 (Art. 16 Abs.2 Punkt 5)
Berichts der RPK (Art. 16 Abs.2 Punkt 5)**
6. **Genehmigung der Zweijahresberichte (Art. 16 Abs.2 Punkt 4a)**
 - ▶ des Parteipräsidiums
 - ▶ der Kantonsratsfraktion
 - ▶ der Fachausschüsse
 - ▶ der Beschwerde- und Schiedskommission
 - ▶ des Parteisekretariats
7. **Beitragsleistung an die Kantonalpartei (Art.16 Abs.4b)**
 - ▶ Antrag unverändert Fr. 24.00
8. **Wahlen (Art.16 Abs.2 Punkt 2 a bis e)**
 - ▶ des Parteipräsidiums
 - ▶ der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung (GL)
 - ▶ der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
 - ▶ der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)
 - ▶ der Delegierten für die DV der SPS
9. **Information und Parolenfassung zur kantonalen Vorlage vom 10. Juni 2018**
 1. Teilrevision des Energiegesetzes
Pro: **Philipp Hadorn**, Komiteemitglied, Nationalrat
10. **Informationen und Parolenfassung zu den nationalen Vorlagen vom 10. Juni 2018**
 1. Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeldinitiative)»
Pro: **Oswald Sigg**, ehemaliger Vizekanzler und Bundesratssprecher
Kontra: **Roberto Zanetti**, Ständerat
 2. Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz)
Pro: **Susanne Schaffner**, Regierungsrätin
11. **Varia**
 1. **Informationen zur kantonalen Volksinitiative «Erweiterung der Gemeindeautonomie betreffend Vergabe des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene**

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

- ▶ Grusswort von der Sektion Bellach
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Regierungsrätin Susanne Schaffner, Ständerat Roberto Zanetti, Nationalrat Philipp Hadorn, den Gastreferenten und Genosse Oswald Sigg und die Presse zum Frühlingsparteitag. Franziska Roth übergibt das Mikrofon an Silvia Fröhlicher von der SP Bellach.

Silvia Fröhlicher

Co-Präsidentin der SP-Sektion Bellach

Im Namen der Sektion Bellach begrüsse euch ganz herzlich hier bei uns im Turbensaal in Bellach. Es freut uns sehr, dass die Kantonalpartei hier bei uns einen Parteitag durchführt. Vor ca. 11 Jahren wäre dies nicht möglich gewesen, die SP war in Bellach praktisch inexistent. Das Gründungsdatum der Sektion konnten wir bis heute nicht in Erfahrung bringen. Gemäss einem sehr alten Kassabüchlein war die Mitgliederzahl damals sehr gering. Dank aktiver Arbeit wuchs die Partei stetig und hat unter dem Präsidium von Therese Bichsel einige Erfolge verzeichnet. Sicher haben damals auch die 68-Jahre mitgewirkt. Zwischen 1970-1990 war mit Fredi Belloni und Ruth Mollet die SP Bellach sogar im Kantonsrat vertreten. Darüber sind wir noch heute stolz und hoffen, dass dies dereinst wieder der Fall sein wird. Euch bekannt ist sicher Silvia Rietz, welche einige Jahre als Vizegemeindepräsidentin geamtet hat und auch einige Zeit die Partei präsidierte. Von 1995-2005 sank die Mitgliederzeit und die Generationenkonflikte nahmen zu. Wir hatten nur noch 2 Gemeinderäte, welche nicht mehr weitermachen wollten.



Der absolute Tiefpunkt, respektive Aufbruch, wir sassen zu dritt zusammen, als eine Genossin die Auflösung der Sektion beantragte und Verena Kobel (langjähriges Mitglied,

Kassierin und sehr aktiv in der Partei) mit mir gegen die Auflösung war. So endet diese Abstimmung 2:1 gegen die Auflösung. Die damaligen Wahlen, notabene ohne SP-Liste, gab einigen im Dorf zu denken und es meldeten sich in der Folge einige engagierte Frauen bei uns – die Partei wuchs wieder. Jahre später, bei den nächsten Gemeindewahlen, gewann die SP, gemeinsam mit den Grünen, 3 Sitze im bisher bürgerliche geprägten Gemeinderat. Bei den letzten Wahlen 2017 haben wir den 4. Sitz sehr knapp verpasst. Die Arbeit ist für unsere Gemeinderatsmitglieder sehr intensiv und die Erfolge sind klein. Bellach ist für die Linke politisch ein hartes Pflaster. Wir sind jedoch wieder angekommen und werden wahrgenommen. Man hört auch manchmal, Bellach sei eine Schlafgemeinde. Stimmt und stimmt nicht, die Gemeinde hat ein reges Vereinsleben, welche für Abwechslung sorgen, sowie kleine und grössere KMU's (Carrosserie Hess, Holzbau, Bauunternehmungen, Agaton, Architektur, Almeta, Growa, MFK usw.) mit sehr vielen Arbeitsplätzen. Die sog. Urbäucher von Bellach (Bürgerrat), haben nicht das Gefühl, sie seien Bewohner einer Agglogemeinde... Wer sind dann die Bewohner von Bellach? (Silvia nennt die Vornamen zweier 5. Klassen, damit heute der Gemeinde ein Gesicht gegeben wird). Bellach ist Multi-Kulti, auch deshalb braucht es eine SP und auch deshalb, weil wir der Trägheit entgegenwirken wollen. Gemeinsam mit meiner Co-Präsidentin Heli Schaffter wünsche ich mir eine Partei die wächst und etwas mehr Aktivität, damit hier in Bellach noch vieles möglich wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit und euren Besuch.

Applaus

Franziska Roth (dankt Silvia für ihr Grusswort)

Parteipräsidentin der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn

„Hey Pirmin, was um Himmusgottswüue hat Deine Familienpartei vergessen zu denken, dass sie sich für Privatschnüffler und Generalverdacht ausspricht?“ „Rosso, ES ÄNDERT JA NICHTS, schon heute können Privatdetektive eingesetzt werden. Ich verstehe diese Aufregung nicht!“

Ich rege mich nicht nur auf, sondern ich bin wütend! Warum gibt Ständerat Pirmin Bischof, angesprochen auf die Gesetzesänderung des Sozialgesetzes solchen Unsinn von sich? Wie kann es sein, dass ein Anwalt und Jurist, der von sich behauptet demokratisch zu sein, sich so unprofessionell äussert?

Da gibt es meines Erachtens nur eine Antwort: Die Versicherungslobbyisten haben ein ihnen dienendes Gesetz mit eklatanten Mängeln durchgesetzt und im persönlichen Gespräch wollen sie von dieser Tatsache ablenken. Pirmin kann ich mit den Worten der „Demokratischen Jurist_innen Schweiz DJS“ entgegen. Sie schreiben in ihrer Medienkonferenz vom 12. März 18: «Dass Sozialversicherungen ihre Versicherten observieren, ist nichts Neues. Neu ist nur, dass für die bisher illegal durchgeführten Überwachungen eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird. (...) Die Vorlage lässt eine Observation zu, die von einem Sachbearbeiter oder einer Sachbearbeiterin der Versicherungsgesellschaft angeordnet wird und räumt einer Sozialversicherung teilweise mehr Rechte ein als der Polizei und dem Nachrichtendienst, welche an gesetzliche Voraussetzungen und an eine richterliche Genehmigung gebunden sind.

Doch was sage ich den Menschen in der Schweiz? Denen die betroffen sind, also wir alle? Betrug soll geahndet werden, das ist klar. Doch an der Stelle des konkreten Verdachts steht plötzlich der Generalverdacht! Das Gesetz betrifft neben Invalidenversicherung, Ausgleichskassen und Suva auch die Krankenkassen. Und damit uns alle.

Offt hört man das Argument: "Wer nichts zu verbergen hat, hat von uns nichts zu befürchten." Dieses Zitat wird von skrupellosen Lobbypolitikern benutzt, um uns ohne mit der Wimper zu zucken in den Wahnsinn zu führen. Für den Erhalt unserer Freiheit ist diese Einstellung katastrophal. Mit ihm lassen sich die haarsträubendsten Überwachungsgelüste schönreden. Wir werfen so die unter hartem Kampf über Jahrhunderte hinweg errungenen Grundrechte weg.

Und dass dabei Genossinnen und Genossen wie SP-Alt Nationalrat Strahm nicht genauer hinschauen, das erstaunt. Er vermischt Leistungen der Sozialhilfe mit denjenigen der Sozialversicherungen, indem er meint, dass das neue Gesetz die «Überwachung von Sozialhilfebezügern» regeln soll. Er vermischt auch die heute fast ausschliesslich vertraglich geregelten privaten Krankentaggeldversicherungen nach VVG mit den obligatorischen Krankenversicherungen nach KVG, indem er von «Betrugsforschung beim Krankentaggeld» spricht. Er verkennt damit die Fakten.



Kommt hinzu, dass jedem Sozialdemokrat und jeder Sozialdemokratin die Haare zu Berg stehen müssen, weil wir wissen, dass alle von dem neuen Besspitzelungsgesetz betroffen sind. Es ist eben nicht nur in den Worten Strahms der notorische «Drückeberger», der von der Besspitzelung betroffen ist.

Und so genannt «Erfolgreiche» Observierungen der staatlichen Versicherungen (vorab der IV) führen die Betroffenen nicht zurück in die Arbeitswelt, sondern in die Sozialhilfe, dies zu Lasten der Steuerzahler. Damit ist nichts gewonnen, im Gegenteil. Ruedi Strahm schreibt pauschal, man habe 650-mal einen Versicherungsbetrug feststellen müssen. Was aus diesen Fällen geworden ist, schreibt er nicht:

Von einem bekannten Jurist weiss ich: Observierungen führen zu jahrelangen und kostspieligen gerichtlichen Folgeverfahren, wobei am Schluss die Gerichte feststellen müssen, dass der Sachverhalt doch nur mittels eines Gutachtens geklärt werden kann und nicht mit stümperhaften Detektiven. Immerhin bemerkt R. Strahm selber, dass bei den

Detektivbüros betreffend Qualifizierung vieles im Argen liegt. Viele Observierungen bestätigen und verschlimmern das Krankheitsbild der Versicherten bei dilettantischen Vorgehensweisen sogar, führen also gar nicht zu Einsparungen, sondern zu Mehrbelastungen.

Und lasst mich aus erster hand von einem mir bekannten Menschen erzählen. Er mokiert sich und sagte Rosso weisch: Diese Detektive forschen und forschen, filmen und filmen, bis irgendetwas vorliegt, wo sie allenfalls rechtfertigen könnten, dass Versicherungsbetrug vorliegen könnte.» Er vertritt immer wieder Klienten, welche von Detektiven einer Versicherung (Suva, IV, aber auch private Versicherungen) wegen eines Betrugsverdachtes überwacht worden sind. Und dann berichtet er von der jungen Frau: Ein Detektiv hat eine junge IV-Versicherte, welche auf Grund einer Vergewaltigung an einer posttraumatischen Belastungsstörung leidet derart verfolgt, dass diese junge Frau mit Ängsten zu kämpfen hatte, und sie viel in eine massive Depression.

Observierungen nach dem neuen Gesetz führen dazu, dass Sozialversicherungen zu kleinen Staaten im Staate werden, wenn sie einen Missbrauch vermuten. Das geht nicht. Sie sollen sich wie in einem Rechtsstaat üblich an die Staatsanwaltschaft und die Polizei wenden. Ermittlungen sollen weiterhin eine zentrale Aufgabe des staatlichen Gewalt- und Justizmonopols bleiben. Die Polizei soll sich auf diese rechtsstaatlich überprüfbare Kernaufgabe konzentrieren. Oder ist etwa R. Strahm der Meinung, dass Polizei- und Justizaufgaben zunehmend privatisiert werden sollen?



Liebe Genossinnen und Genossen, Das hier ist unser Frühlingsparteitag. Und ich muss über die kalten Schultern der Bürgerlichen reden. Lobbypolitikerinnen und Politiker in Bern haben es geschafft, dass eine so grässliche Kaltfront über der Schweiz hängen bleibt, dass selbst die Eisheiligen zu frieren beginnen. In der Schweiz soll die Armut mit den Armen bekämpft werden. 615 000 Personen sind in der Schweiz von Armut betroffen. 140 000 Männer und Frauen sind trotz Erwerbstätigkeit arm, gleichzeitig macht der

Bund 10 Milliarden Franken Überschuss. Fast 4 Milliarden Franken mehr als letztes Jahr. Auf Sozialhilfebezüger setzt man Detektive an. Steuerhinterzieher werden mit Samthandschuhen angefasst. Schätzungen zufolge werden in der Schweiz jährlich 5 bis 10 Milliarden Franken Steuern hinterzogen. Mit Steuerdetektiven ist viel mehr zu holen als mit Sozialdetektiven. Selbstverständlich mit rechtstaatlich würdigen Methoden. Die Bürgerlichen schaffen es, dass für Versicherungen Verhältnisse wie im Schlaraffenland herrschen, da sie in eigener Hoheit Leistungen kürzen dürfen, indem sie mit privat bezahlten, Erfolg-orientierten und 'Schnüffel-Berichte' schreibenden Detektiven die Versicherten um ihre Leistungen bringen.

Damit nicht genug, wird nun aus Bundesbern bekannt, dass unsere Krankenkassen daran sind, gleich den nächsten Coup zu landen. Sie wollen sich im Parlament das Recht zuschanzen lassen, langjährige Verträge für Zusatzversicherungen mit älteren Versicherten einseitig zu ändern, um viele Jahre lang finanzierte Ansprüche aus Kostengründen zu reduzieren oder ganz zu streichen. Die Bürgerlichen riskieren, dass gewisse Versicherte in einzelnen Bereichen, ohne Versicherung dastehen. Zudem will die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat AHV- und IV-Bezüger, die EL kürzen, trotz einem Rekordüberschuss von drei Milliarden Franken bei den Bundesfinanzen. Im Gegenzug wollen sie mit der SV 17 die eigentlich nichts anderes als die Kopie der USR III für Unternehmen die Steuern unter jegliche Vernunftlinie senken.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt eine starke Waffe gegen die soziale Eiszeit. Die sind wir selber, der schon oft von mir erwähnte Eisberg. Unsere Kraft liegt in unserer Basis und nicht in der Spitze. Innert weniger Stunden habe ich von der Geschäftsleitung der Kantonalpartei das Ok zur Unterstützung des Referendums erhalten und ich bin saumässig froh, dass sich die SP Schweiz Spitze nun doch noch zur Unterstützung des Referendums durchringen konnte. Ich verstand das anfängliche Zögern nicht! Seit wann sind evt. geringe Erfolgschancen für uns ein Grund nicht gegen Ungerechtigkeit, gegen Unfreiheit und vor allem gegen Unsolidarität zu kämpfen? Das lassen wir nicht zu. Auf Samstag ist eine meteorologische Warmfront angekündigt, lasst uns diese warmen Temperaturen nutzen um raus zu gehen und gegen die soziale Kälte der Bürgerlichen zu kämpfen. Helft mit und unterschreibt das Referendum. Kommt z.B. am Samstag ab 10 Uhr zur St. Ursenkathedrale und sammelt Unterschriften oder ladet den Bogen im Internet herunter, füllt ihn aus und werft ihn in den Briefkasten.

Und ganz kurzfristig können wir schon heute Abend ein Warmfröntli provozieren. Wir sind auch Wettermacher liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben heute Parolen zu fassen, und vor allem viele engagierte soziale Frauen und Männer zu wählen. Damit helfen wir den Ärmsten in unserem Land für mehr Sonne im Leben und stehen denen vor das Licht, die meinen sie können von ihrem Chefsessel aus die Sonne kaufen! Liebe Genossinnen und Genossen, zusammenstehen erzeugt Wärme, sowohl gegen innen, wie gegen aussen.

Der Parteitag ist eröffnet (langer Applaus)

2. Bestellung der Stimmzähler/innen

Tischreihe 1: Thomas Jäggi, Lohn-Ammannsegg
Tischreihe 2: Daniel Thommen, Starrkirch-Wil

Tischreihe 3: Ursula Steiner, Gerlafingen
Tischreihe 4: David Häring, Gempen
Tischreihe 5: Gabi Ingold, Oensingen

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler werden mit Akklamation gewählt

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste für den 3. Mai 2018 wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung Protokoll

- ▶ 18. Januar in Balsthal

Beschluss: Das Protokoll vom 18. Januar 2018 in Balsthal wird einstimmig genehmigt und verdankt.

5. Genehmigung der Jahresrechnung 2017

Patricia Kofmehl, Buchhaltung

Liebe Genossinnen und Genossen, gerne stelle ich Euch die Rechnung 2016 der sozialdemokratischen Partei vor.

vom 01. 01. 17 – 31. 12. 17

Ertrag	2016	2017
Erträge Mitglieder und Sektionen	128'137	124'793
Debitorenverluste	0	0
Solidaritätsbeiträge	212'905	211'723
Mandatsabgaben	35'000	35'000
Spenden	34'456	89'162
Wahlbeiträge Amteien und Kandidierende	0	34'651
Fundraising SP Schweiz	0	18'499
Parteientschädigung KR-Fraktion	38'500	43'500
Sitzungsgelder KR-Fraktion	8'645	10'465
Beitrag Fraktion an Verwaltungsaufwand	578	579
Aussenordentlicher Ertrag	0	0
Total	458'221	568'372

Aufwand	2016	2017
Spezielle Anlässe – 125 Jahre SP	-1'759	-10
Spezielle Anlässe – HESO	13'323	11'614
Wahlen	20'803	243'162
Politische Arbeit inkl. Werbung und Inserate	24'196	39'259
Mitgliederbeiträge an SP-Schweiz	100'523	100'847
Personalaufwand	164'766	162'017
Mietaufwand, Energie	18'185	17'638
Büro/Verwaltungsaufwand, Unterhalt, Versicherung, Finanzaufwand, Ausser. Erfolg	26'435	15'404
Beitrag an Fraktion	7'500	8'500
Abschreibungen	432	3'017
Total Aufwand	374'404	601'448
Rückstellungen/Reserven	60'000	-60'000
Jahresergebnis	23'817	26'924
Total	458'221	568'372

Aktiven	2016	2017
Umlaufvermögen		
Flüssige Mittel	184'458	115'037
Forderungen / Debitoren	6'438	18'627
Transitorische Aktiven	0	0
Anlagevermögen		
Mobile Sachanlagen	431	3'017
Total Aktiven	191'327	136'681

Passiven	2016	2017
Finanzverbindlichkeiten		
Kreditoren	12'385	3'345
<u>Regiobank</u>	1	2
Passive Abgrenzung		
Rückstellungen	60'000	0
Transitorische Passiven	12'853	322
Vereinskapital		
Eigenkapital	82'271	106'088
Jahresergebnis (Verlust/Gewinn)	23'817	26'924
Vereinskapital nach Verlust/Gewinn	106'088	133'012
Total Passiven	191'327	136'681

Diskussion: keine Wortbegehren

Im Namen der Geschäftsleitung danke ich allen für die Unterstützung (Applaus)

Thomas Marbet verliest im Namen der Rechnungsprüfungskommission (Fatma Tekol, Thomas Marbet, Simon Bürki) den Bericht, empfiehlt die Rechnung zu genehmigen und den Rechnungsführern Decharge zu erteilen.

Bericht der Rechnungsprüfungskommission 2017

Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellen fest, dass die Buchhaltung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn des Jahres 2017 vollständig, übersichtlich und sauber geführt wurde. Die von der RPK geprüften Belege sind lückenlos vorhanden und stimmten mit den Buchungen überein.

Der Ertragsüberschuss beläuft sich auf CHF 26'924.47, das Vereinskapital per 31.12.2017 beträgt CHF 133'012.49.

Die von der RPK durchgeführte Rechnungsprüfung lässt darauf schliessen, dass die gesamte Buchführung korrekt ist und den Grundsätzen der Buchhaltung entspricht. Deshalb empfehlen wir dem Parteitag, die Jahresrechnung 2017 zu genehmigen und die Rechnungsführerin und den Rechnungsführer zu entlasten.

Die Rechnungsprüfungskommission: Fatma Tekol, Simon Bürki, Thomas Marbet
Solothurn, 9. März 2018

Franziska Roth: Die Geschäftsleitung empfiehlt euch die Rechnung zu genehmigen und den Rechnungsführern Decharge zu erteilen.

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn genehmigen die Rechnung 2017 und stimmen dem Antrag der RPK zu, die Rechnungsführer zu entlasten.



Franziska Dankt Nik und Patricia für die gute Rechnungsführung (Applaus)

6. Genehmigung der Zweijahresberichte

- ▶ des Parteipräsidiums
- ▶ der Kantonsratsfraktion
- ▶ der Fachausschüsse
- ▶ der Beschwerde- und Schiedskommission
- ▶ des Parteisekretariats

Franziska Roth verzichtet darauf die Jahresberichte (Broschüre) zu verlesen. Diese liegt in gedruckter Form auf, ist auf der Homepage aufgeschaltet und kann heruntergeladen werden. In den Berichten liegt sehr viel Arbeit.

Diskussion: keine Wortmeldungen

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten die Jahresberichte zu genehmigen.

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Jahresberichte 2016-2018. (Applaus)

7. Beitragsleistung an die Kantonalpartei

Franziska Roth stellt den Antrag der Geschäftsleitung vor, den Beitrag für die Kantonalpartei bei Fr. 24.- für Erwerbstätige zu belassen

Diskussion: keine Wortmeldungen

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten den Jahresbeitrag für Erwerbstätige bei Fr. 24.- zu belassen.

8. Wahlen

➤ des Parteipräsidiums

Das Wort hat Roberto Zanetti (GL-Mitglied)

Geschätzte Präsidentin, Genossinnen und Genossen. 1972 bin ich in die Partei eingetreten und Parteipräsident war dazumal Willi Ritschard. Ordentliche Parteitag mit Kassenberichten usw. waren jeweils in 30 Minuten abgehandelt. Allerdings hat er anfangs jeweils ordentlich eröffnet und am Schluss mit einem «Bouquet» die Versammlung beendet. Als 18-Jähriger bin ich dann jeweils nach draussen gegangen und gedacht, wenn nicht diese Nacht die Revolution ausbricht, wann dann. Danach habe ich viele Präsidien erlebt, welche das Hauptaugenmerk auf die statutarischen Geschäfte gelegt haben. Heute wieder erinnere ich mich an die Zeit als junges Mitglied. Denn wortgewandte Eröffnungen und Schlussreden sind wieder Tatsache. In diesem Sinn haben wir eine gewaltige Parteipräsidentin, nicht nur in der Stärke ihrer Stimme, sondern man weiss immer, für was wir – die Sozialdemokratie – zuständig sind. Fränzi ist für uns ein Glücksfall. Sie hat sich für eine weitere Periode zur Verfügung gestellt, die Geschäftsleitung freuts und ich möchte deshalb im Namen der GL beantragen, Franziska Roth erneut als Parteipräsidentin zu wählen.



Roberto Zanetti fragt nach weiteren Kandidaturen (Saalkandidaturen)
Keine

Wahl:

Franziska Roth wird nach 2014 und 2016 erneut einstimmig zur Parteipräsidentin gewählt (langer Applaus)

Franziska Roth bekommt einen Rosenstock als symbolischer Dank

Franziska Roth: Liebe Genossinnen und Genossen, herzlichen Dank für das grosse Vertrauen, das ihr mir mit dieser Wahl wiederum schenkt. Nur zusammen sind wir stark, in der Geschäftsleitung, im Kantonsrat und gemeinsam mit den Sektionen. Ich freue mich immer noch sehr, mache die Arbeit sehr gerne und schaue zuversichtlich in die Zukunft.

➤ der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung (GL)

(alle bisher): Hardy Jäggi (VP), Markus Ammann (Fraktion), Lara Frey (JUSO), Irene Meier (Dorneck-Thierstein), Dieter Ulrich, Simon Gomm (Olten-Gösgen), Daniela Gerspacher (Thal-Gäu), Max Schmid (Bucheggberg), Mathias Stricker Solothurn-Lebern, Susanne Schaffner (Regierungsrätin), Roberto Zanetti (Ständerat), Bea Heim, Philipp Hadorn (Nationalrat)

(neu) Nicole Wyss (Thal-Gäu) anstelle von Nancy Lunghi

Wahl:

Die Delegierten wählen die Mitglieder der Geschäftsleitung einstimmig (Applaus)



Nancy' (kurzes) Engagement in der GL wird herzlich verdankt.

- der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
Fatma Tekol, Thomas Marbet, Simon Bürki

Wahl:

Die Delegierten wählen die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission einstimmig (Applaus)

- der Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission (BSK)
Lisbeth Hartmann, Christine Bigolin, Daniel Kiefer

Wahl:

Die Delegierten wählen die Mitglieder der Beschwerde- und Schiedskommission einstimmig (Applaus)

- der Delegierten für die DV der SPS
Armida Totti, Soner Yaprak, Urs Huber, Ruth Bürgler, Yvonne Majnaric, Fritz Dietiker, Daniela Gerspacher, Shulojan Suntharalingam, Irene Meier-Reber, Walter Uebelhart, Bruno Affolter, Koko-Vertreter: Franziska Roth, Niklaus Wepfer

Wahl:

Die Delegierten wählen die Delegierten für die DV der SP Schweiz einstimmig (Applaus)

9. Information und Parolenfassung zur kantonalen Vorlage vom 10. Juni 2018

Teilrevision des Energiegesetzes

Pro: Philipp Hadorn, Komiteemitglied, Nationalrat (präsentiert 15 Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht ums Heizen. Allerdings für Innenräume und nicht um die Beheizung der Umwelt. Viele von uns, auch ich, wurden während den Anti-AKW-Bewegungen politisiert. Wir haben bis heute schon viel erreicht und bei allen Kampagnen gegen AKW's hat die Sonne immer gelacht.



Der Ausstieg ist beschlossene Sache, das Volk hat der Energiestrategie 2050 zugestimmt und im Juni 2017 hat das Parlament das Klimaabkommen von Paris ratifiziert.

In dieser Teilrevision des Energiegesetzes geht es um die Harmonisierung von Energie- und Bauvorschriften zwischen den Kantonen, mehr Energieeffizienz mit dem Ziel die Treibhausemissionen zu reduzieren. Dabei muss man erwähnen, dass 40% der CO₂-Emissionen die Gebäude verursachen. Heute fliessen fürs Heizen rund 200 Millionen für Öl und Gas aus dem Kanton Solothurn ab. Dieses Geld geht in Länder wie Russland, Libyen, Kasachstan etc. Im Kanton Solothurn hat es rund 65'000 Gebäude mit 140'000 Wohnungen. Davon werden 73'000 Wohnungen mit Öl und 30'000 mit Gas beheizt. 6'000 Wohnungen werden mit Elektroboiler und der Rest mit Wärmepumpen oder erneuerbarer Energien beheizt. Im Vergleich mit anderen Kantonen, haben wir einen sehr hohen Anteil Heizungen mit fossiler Rohstoffe.



Was will das neue Energiegesetz: es setzt auf erneuerbare und einheimische Energien. Die Wertschöpfung soll demnach möglichst im Kanton bleiben. Konkret bedeutet die, dass bei Neubauten ein Höchstanteil nicht erneuerbarer Energien von höchstens 80% sein und Gebäude sollen als Gesamtsystem betrachtet werden. Dies ermöglicht einen grösseren Spielraum und Wahlfreiheit. Bei Altbauten haben wir folgende Situation, dass man bei einem Heizungsersatz mindestens 10% erneuerbare Energien selbst herstellen muss. Dabei wird auch mitberücksichtigt, wenn Fenster ersetzt werden, die Gebäudehülle saniert wird oder die Heizung optimiert. Für den Boiler Ersatz bleibt Zeit bis 2030. Sollten dergleichen Investitionen aus finanzieller Sicht nicht möglich sein, ist eine Härtefallklausel vorgesehen.

Es ist unbestritten, dass das Solothurner Gewerbe davon profitiert (Bauunternehmen, Elektroinstallateure, Gebäudetechniker, Förster, Holzverarbeiter oder Ingenieure). Jeder Kanton hat eigene Bau- und Energievorschriften. Sogenannte schwarze Schafe haben damit einen Wettbewerbsvorteil. Hinzu kommt, dass wir einen enormen Geldabfluss ins Ausland haben und somit eine grosse Energieabhängigkeit besteht.

Die Teilrevision sorgt für stabile und zeitgemässe Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft, führt zur Harmonisierung von Energie- / Baubestimmungen mit anderen Kantonen und sorgt für eine grössere Wertschöpfung vor Ort durch die Produktion erneuerbaren Energien.

Aktuelle Situation:

- 40% der Schweizer Treibhausgase werden durch Gebäude verursacht
- 56% der Solothurner Heizungen sind fossil betrieben (Öl oder Gas)
- Öl-Heizung verursacht 150t CO₂ = 20 mal mit PW um Welt fahren
- Elektroheizungen verbrauchen im Winter ca. 20% des CH-Strombedarfs

Nirgends in Europa wird so viel Öl verheizt wie in der Schweiz. Dies sollte uns zu denken geben. Wir wollen einen schrittweisen Ausstieg aus fossilen Energien, mehr Energieeffizienz bei Gebäuden, effiziente Heizsysteme und mehr erneuerbare Energieproduktion. Die Solothurner Bevölkerung hat vor einem Jahr JA zur Energiestrategie gestimmt (CH 58.2%). Diese verlangt die Umsetzung des Volkswillens im Gebäudebereich. Das neue Energiegesetz ist ein moderater, breit abgestützter Energiekompromiss. Die SP wollte im Kantonsrat etwas mehr, steht nun aber zu diesem Kompromiss, denn die Richtung stimmt.

Die Gegner behaupten:

- Bürokratiemonster

-> im Gegenteil: Bürokratie-Abbau, da endlich einheitliche Bestimmungen

- Zwang

-> endlich gleich lange Spiesse für Unternehmen, die schon lange etwas fürs Klima tun. Heute haben Unternehmen, die sich nicht um Klima und Umwelt schämen einen Wettbewerbsvorteil. Mit massvollen Gesetzen werden gleich lange Spiesse geschaffen.

- Höhere Mieten

-> Kosten sparen beim Heizen. Gerade die Mieterinnen und Mieter müssen ein Interesse an energetisch guten Gebäuden haben, um nicht auf lange Zeit hohe Brennstoffkosten und CO₂-Abgaben für Öl- oder Gasbrennstoffe in energetisch veralteten Gebäude tragen zu müssen. Die Aufwendungen für Sanierungen halten sich durch massvolle Vorschriften im Rahmen und lassen sich durch geringere Nebenkosten abfedern. Unbestritten ist indessen, dass die immer höheren Mieten andere Ursachen haben (keine Kostenmieten). Geschäftsführer Mieterverband LU ist im Komitee.

- Energiewende kommt von selbst

-> WANN? Die Zeit dazu fehlt

Mieterargumente:

- Verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserabrechnung

-> nur das bezahlen, was man selber verbraucht

- Erneuerbare Wärme / effiziente Heizsysteme

-> Kosten sparen beim Heizen

- Höhere Mieten?

-> evtl. Leicht höhere Mieten, die von weniger Heizkosten aufgehoben werden

-> Mietpreise werden vorwiegend durch andere Faktoren hochgetrieben

Aus all diesen Gründen empfehle ich ein JA zur Teilrevision des Energiegesetzes:

JA, weil das Wort des Volkes gilt

JA für Umwelt, Klima und Portemonnaie

JA für mehr Unabhängigkeit vom Ausland

JA zur Sicherheit für Gewerbe und Arbeitsplätze

JA aus Verantwortung gegenüber unseren Kindern

(Applaus)

Diskussion: keine

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole (einstimmig)

Beschluss: die Delegierten beschliessen grossmehrheitlich, bei einer Gegenstimme) die JA-Parole zur Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes.

10. Informationen und Parolenfassung zu den nationalen Vorlagen vom 10. Juni 2018

1. Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeldinitiative)»

Pro: Oswald Sigg, ehemaliger Vizekanzler und Bundesratssprecher (keine Folien)

Vielen Dank für die Einladung, ich bin sehr gerne nach Solothurn/Bellach gekommen. Denn schliesslich habe ich früher sehr eng mit zwei bekannten Solothurner zusammengearbeitet, mit Willi Ritschard und Otto Stich.



Auf der Homepage ist ja bereits die NEIN-Parole aufgeschaltet (SPS-Beschluss) und trotzdem freut es mich, dass sich die Solothurner Kantonalpartei damit auseinandersetzt und eine eigene Parole fasst. Wenn man bedenkt, dass die SP 1979 die Bankeninitiative eingereicht hat (abgelehnt mit 73%) und damit gefordert hat, die Macht der Banken einzuschränken, ist es legitim, 40 Jahre danach gegen die Vollgeldinitiative zu sein. Die SPS und alle anderen Gegner (GLP, CVP, FDP, SVP, BDP, EVP) haben ein ganz

«starkes» Argument: «Ein Experiment mit unserem Geldsystem, enorm riskant und weltweit einmalig». So steht es auf der Website der Gegner. Ich finde die Aussage nicht originell, denn wir werden sehen, wie kaputt eigentlich unser Geldsystem ist. Das Argument ist auch nicht einmalig. 1892 wurde gegen die Abstimmung zur Einführung der Volksinitiativen mit ähnlichen Worten dagegen argumentiert. Auch bei der Abstimmung über das bedingungslose Grundeinkommen wurde in diese Richtung dagegen argumentiert. Im Unterschied zur Forderung eines Grundeinkommens, ist die Vollgeldinitiative keine einfache Vorlage. Sie macht uns im Kern auf ein Problem aufmerksam, welches den meisten Menschen viel zu wenig bewusst ist. Das Problem selber, kann man einfach zusammenfassen: die Banken schöpfen heute Geld, sie machen Geld aus dem Nichts. Unsere Guthaben auf den Banken haben keinen grösseren Wert als früher das Papier der Bankauszüge. Es gibt immer noch Sparkontos, jedoch praktisch keinen Zins mehr. Was haben wir doch früher gesagt: die Reichen arbeiten nichts, aber ihr Geld arbeitet. Dies hat sich so entwickelt, dass es fürs Sparen die Banken gar nicht mehr braucht. Und immer weniger um den Unternehmern ihre Investitionen in neue Produktionsanlagen zu finanzieren, sondern die Finanzindustrie (heute Finanzcasino) mit tollen Angeboten von «innovativen und strukturierten Finanzprodukten» ist heute gefragt. Dies sind nichts anderes als Geldanlagen. Mit diesen «innovativen Strukis» kann man buchstäblich alles machen was der Herrgott verboten hat. Z.B aufs Ableben des bösen Nachbarn eine Versicherung abschliessen. Viele dieser Finanzprodukte sind tatsächlich Versicherungen. Die Versicherungswirtschaft gehört zur Finanzindustrie. Eine Kreditausfall-Swap ist ein Kreditderivat, welches erlaubt, mit Kreditausfallrisiken, Anleihen oder Schuldnernamen zu handeln. Es gibt ein par Tausend solcher Produkte oder Spiele im Finanzcasino. Damit man die Grösse dieses spekulativen Geldverkehrs in etwa beurteilen kann, gebe ich euch zwei Zahlen: 668 Milliarden ist der Gesamtwert 2017 aller produzierten Waren und Dienstleistungen in der CH (Bruttoinlandprodukt). Jetzt könnte oder müsste man annehmen, dass sich der Zahlungsverkehr ungefähr in dieser Dimension bewegen dürfte. Weit gefehlt, die zweite Zahl ist 100'000 Milliarden (100'000'000'000'000 Franken). Konservativ geschätzt ist dies gemäss SNB der jährliche ausgewiesene Zahlungsverkehr. Aufgrund des neuen Finanzmarktinfrastrukturgesetzes hat die SIX (Organisator der Finanztransaktionen) ganz andere Zahlen des Geldverkehrs erheben müssen, nämlich eine Million Milliarden Franken Jahresumsatz mit diesen «strukturierten Produkten» der Finanzindustrie. Wie ist dies überhaupt möglich geworden? 1997 hat man durch eine kleine Änderung im Bankengesetz den Finanzinstituten erlaubt, das digitale Buchgeld über Kreditbuchungen zu schaffen. Dies ist kein gesetzliches Geld, sondern begründet nur vertragsrechtliche Ansprüche. Dies gehört juristisch auch nicht den Gläubigern. Dieses System müsste man eigentlich wieder rückgängig machen. Das «Finanzcasino Schweiz», volkswirtschaftlich zum grössten Teil unnützlicher Finanzplatz, ist seit langem ein Hochrisikobetrieb. Die Banken schaffen bei uns, wie wir 2008 gesehen haben, mit einer Staatsgarantie. Bevor unsere Banken pleitegehen, springt der Steuerzahler ein. Dies ist dann mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel zu bezahlen, nicht mit nichts. Einer der Vollgeldinitianten sagte kürzlich auf Inside-Paradeplatz, für mich übrigens das Hauptargument für das Vollgeld, wer das Geld in der Schweiz erschaffen kann, hat die Macht im Land. Diese Macht wollen die Banken nicht verlieren.

In Absprache mit Niklaus Wepfer, würde ich bei dieser Gelegenheit einige Worte über die Mikrosteuerinitiative verlieren. Diese steht noch nicht zur Abstimmung, sollte jedoch noch vor Ende 2018 lanciert werden. Thematisch bewegt sich diese Initiative im genau gleichen Bereich wie die Vollgeldinitiative. In einer kleinen Gruppe (Professoren, Banker usw.) wollen wir die ganze Blase des Geldverkehrs mit einer automatischen Mikrosteuer von 1-2 Promille und jeder Zahlung belasten. Mit dem Ertrag der Mikrosteuer

wollen wir die heutige Finanzordnung (heute MwSt. und Bundessteuer) reduzieren und aufheben. Aus SP-Sicht ist die Mikrosteuer eine Reichtumssteuer. Belastet werden die, welche viel Geld haben und viel Geld bewegen. Damit könnten auch grosse Sozialwerke wie die AHV finanziert werden. Da wäre ich dann froh, wenn die SP bei der Unterschriftensammlung mithilft. Diese Mikrosteuer können wir nur dann umsetzen, wenn die Vollgeldinitiative abgelehnt wird (Gelächter).

Ihr könnt am 10 Juni JA oder NEIN stimmen, aber für heute ist meine Empfehlung ganz klar ein JA zur Vollgeldinitiative. Die Banken brauchen mehr Druck und die Geldschöpfung gehört zurück bei der Nationalbank. (Applaus)



Kontra: Roberto Zanetti, Ständerat (keine Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bedanke mich jetzt nicht für die Einladung, denn für mich wurde es infolge Kommissionssitzung knapp und auch sonst habe ich gerungen. Bei dieser Initiative bin ich ziemlich verunsichert. Diese Initiative haben wir in der Kommission vorbereitet. Da habe ich mich enthalten. Im Ständerat habe ich dann schliesslich mit Nein gestimmt. Jetzt bin ich dazu verknurr worden, die Nein-Argumente zu erläutern, oder anders gesagt, den Antrag der Geschäftsleitung zu vertreten. In der Kommission haben wir heute auch noch die Steuervorlage 17 diskutiert. Da wurden von Experten ökonomische Modelle präsentiert. Man geht davon aus, dass bei Senkung der Unternehmenssteuern, mehr Unternehmen in die Schweiz ziehen. Dies soll dazu führen, dass die Einnahmen steigen (USR II hatte mehr Einnahmen zur Folge). Selbstverständlich hat man moniert, dass auch noch andere Faktoren dazu führen, warum ein Unternehmen hierherzieht. Aber damit es nicht zu kompliziert wird, hat man im Modell diese Faktoren nicht berücksichtigt. Die gleichen Experten haben auch eine Europakarte gezeigt mit den Unternehmenssteuersätzen in ganz Europa. In der Schweiz gibt es grosse Unterschiede zwischen 11% und über 20%. In unseren Nachbarstaaten sind diese zum Teil über 30%. Es gibt ein Staat mit 10%, nämlich Bulgarien. Ich

hab dann gefragt, dass gemäss ihren Modellen Bulgarien demnach ein Wohlstandstaat sein müsse. Die Antworten waren dann nicht mehr so klar... Ich will damit sagen, dass theoretische ökonomische Konzepte überzeugend wirken. Die Vollgeldinitiative wirkt theoretisch auch überzeugend. Bei den Anhörungen dazu (SNB, Professoren usw.) meinten die Experten, das Thema sei hochspannend für Doktorandenseminare. Offenbar aber gibt es grosse Unsicherheiten beim Buchgeld, auch bezüglich des Verständnisses. Das Experiment sei zu gefährlich, man wisse nicht was passieren würde usw. Gehen dann die Banken ins Ausland? Hätte Steuerausfälle in Milliardenhöhe zur Folge; würde die Kreditvergabe teuer? Auswirkungen auf die Zahlungsmittel? Machtvakuum bei der Nationalbank usw. Bei all diesen Risiken wird mir bange. Dass man bei der Finanzindustrie die Zügel anziehen muss ist klar. Wir haben probiert, quasi als indirekten Gegenvorschlag höhere Eigenmittel (mind. 10%) für die Banken vorzuschreiben. Aus meiner Sicht ist dort der richtige Ansatzpunkt, damit die Exzesse in der Finanzindustrie begrenzt werden. Der Präsident der SNB hat gesagt, dass die Finanzkrise im Jahr 2008, mit Vollgeld nicht hätte verhindert werden können. Damals entstand das Übel in der USA mit Vollgeld, nicht mit Buchgeld. Das Problem liegt in den Geschwindigkeiten der Transaktionen. Bestechend erachte ich die Mikrosteuer für Finanztransaktionen. Mein nein ist ohne Begeisterung, sondern mit Angst verbunden, was passieren würde. Denn wissen tut es niemand richtig. Bei der USR III / SV 17 war und ist die SP eher zurückhaltend mit Modellrechnungen, zu Recht. Deshalb erachte ich auch die Vollgeldinitiative zu risikoreich. Selbst Experten hatten Sympathien, stufen das Experiment jedoch als sehr grosses Risiko ein. Und ehrlich gesagt, erachte ich weitere Experimente mit völlig unbekanntem Ausgang im Finanzsektor als gefährlich. Die GL empfiehlt euch mehrheitlich die Nein-Parole, so dass wir dann dereinst mit frohem Mut der Mikrosteuer zustimmen können. (Applaus)

Diskussion:

Georg Hasenfratz (Olten): Genossinnen und Genossen, die Initiative geht in die richtige Richtung. Ich werde ihr zustimmen und empfehle euch die JA-Parole. In der Bundesverfassung steht, dass die Geld und Währungspolitik Bundessache sei. Aus diesem Grund wurde auch die Nationalbank geschaffen und mit dem Monopol ausgestattet, Münzen und Banknoten auszugeben. Buchgeld war im vorletzten Jahrhundert noch kaum ein Thema. Heute hingegen schon. Heute werden über 90% des Geldes nicht durch die Nationalbank, sondern von irgendwelchen Banken geschaffen. Es ist folgerichtig, wenn jetzt die Schaffung von Buchgeld auch vollständig zur Nationalbank geht. Die Initiative ist nichts anderes als ein sinnvolles und logisches „update“ vom ursprünglichen Verfassungsauftrag. Das Geld wird dadurch sicherer und die Geldschöpfungsgewinne gehen von den Grossbankaktionären zur Allgemeinheit. Unser Finanzsystem muss sicherer und gerechter werden, diesbezüglich sind wir uns sicher einig. Die SP hat im National- und Ständerat versucht, Gegenvorschläge einzubringen, indem für systemrelevante Banken 10% Eigenmittel gelten müsste. Leider vergeblich, heute ist diese Vorgabe bei knapp 5% Eigenmittel. Falls die Initiative abgelehnt wird, jedoch einen guten JA-Anteil bekommt, gibt dies für mehr Auftrieb für strengere Eigenmittelvorschriften. Es wird gesagt, die Initiative sei ein gefährliches Experiment, wovon man die Finger sein lassen soll. Ich habe ein anderes Gefühl und erachte das jetzige Finanzsystem ein gefährliches Experiment. Ein System, in dem nur der kleinste Teil in die Realwirtschaft investiert wird, ist hochexperimentell. KMU habe die grösste Mühe Kredite zu bekommen. Dafür wird spekuliert mit unbekanntem Folgen, investiert wird in Optionen, in virtuelle strukturelle Produkte. Es herrscht Masslosigkeit und Gier nach schnellen Gewinnen. Und am Schluss, wenn es wieder einmal «knallt», muss der Staat und der Steu-

erzähler flicken und retten. Also, wenn man schon mit Adenauer argumentiert (Stichwort: keine Experimente), dann bitte an die richtige Adresse. Ich halte es, auch als Katholik, wie Zwingli, der gesagt hat: Tut um Gott's Willen etwas Tapferes und stimmt Ja zur Vollgeldinitiative! (Applaus) oder so ähnlich.... Auf alle Fälle, dieser Initiative kann man als Sozialdemokratin und Sozialdemokrat zustimmen. Ich empfehle euch deshalb die JA-Parole. (Applaus)

Antrag Geschäftsleitung: NEIN-Parole (mehrheitlich)

Beschluss: die Delegierten beschliessen mit 40 zu 36 Stimmen, bei 4 Enthaltungen die JA-Parole zur Vollgeldinitiative. (ausgezählt) (Applaus)

2. Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz)

Pro: Susanne Schaffner, Regierungsrätin (präsentiert 11 Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht weiter mit Geld und Casinos. Das Geldspielgesetz wurde am 27. September 2017 vom Bundesparlament mit grossem Mehr verabschiedet worden. Es ersetzt zwei bisherige Gesetze: das Lotterie- und das Spielbankengesetz. Warum regeln wir das Spielen mit Geld. Seit Jahrhunderten wird um Geld gespielt. Als Gesundheits-, Sozial- und Polizeidirektorin kann ich sagen, Geldspiele sind schädlich, gefährlich und alles andere als gesund. Spielsucht ist eine schlimme Krankheit und treibt viele Menschen in den Ruin. Auch Geldwäscherei und Betrug spielen bei Geldspielen eine grosse Rolle. Dies ist der Grund, warum wir seit 2012 dazu einen Verfassungsartikel haben, welcher diese Gefahren erkannt und den Schutz vor dieser umfassender regelt. Die Bevölkerung hat damals mit 87% Ja-Stimmen dieser Verfassungsänderung zugestimmt. Weiter steht in diesem Artikel, dass die Erträge an gemeinnützige Organisationen fliessen sollen (AHV, Kultur, Sport, Umwelt, Soziales). Beim Geldspielen geht es um sehr viel Geld. Für Lotto und Sportwetten werden pro Jahr ca. 1 Milliarde Franken legal umgesetzt, in den Casinos ca. 700 Millionen Franken. Von diesen Geldern geht ein grosser Teil an gemeinnützige Organisationen. Hinzu kommen relativ neu die Internetspiele. Diese sind eigentlich verboten, nehmen aber trotzdem zu, jährlich um 15%. Dies bedeutet, dass der Umsatz bei legalen Spielen abnimmt und demzufolge auch die Gelder für die Allgemeinheit. Der Gesetzgeber hat entschieden, die Angebote im Internet mit Konzessionen zu regeln, was nicht ganz einfach war. Die Gegner wollen dies nicht, also keine Netzsperrern. Sie sagen dies sei ein Präzedenzfall und Protektionismus. Dazu kann man entgegnen, dass ohne Zugangssperren im online-Bereich weiterhin die gesetzlich geschuldeten Abgaben fehlen werden. Deshalb braucht es in Zukunft auch für online-Angebote für Geldspiele die dafür notwendigen Konzessionen. 17 Länder haben eine solche Regelung bereits, ist also nichts Neues, wie die Gegner behaupten. Es gibt noch einen weiteren Bereich mit Netzsperrern, nämlich bei der Kinderpornografie. Es ist nicht vorgesehen weitere Netzsperrern einzuführen. Dieses Argument der Gegner ist erfunden.

Nochmals: bisher waren online-Geldspiele verboten. Neu wird es Konzessionen geben für Firmen mit Sitz in der Schweiz. Für jene die keine erhalten, werden Netzsperrern eingerichtet. Möglich wäre, dass sich ausländische Casinos an Schweizerischen beteiligen und dadurch an eine Konzession kommen. Dies ausländischen sind jedoch nur bereit, 20% der Gewinne abzuliefern und nicht wie in der Schweiz geregelt, 80%. Ein weiteres Argument gegen das Gesetz, die Netzsperrern können umgangen werden.

Stimmt, aber es ist verboten und es gibt neue Hürden. Vergleichbar mit einer abgesperrten Baugrube. Diese Absperrung kann überwunden werden, aber illegal. Und man wird auch dafür sorgen, dass dies nicht einfach sein wird.



Aus sozial- und gesundheitspolitischen Gründen gibt es keinen Grund dieses Gesetz abzulehnen. Denn der Schutz der Menschen ist vermehrt zu gewährleisten. Aus all diesen Gründen bitte ich euch das Geldspielgesetz anzunehmen. Die Geschäftsleitung empfiehlt ebenfalls ein Ja.

Diskussion:

Cedric Branchi (Solothurn): ich danke für die Ausführungen von Susanne Schaffner. Mit diesem Gesetz schaffen wir einen Präzedenzfall für künftige Netzsperrungen. Ich will nicht, dass mir vorgeschrieben wird welche Informationen ich im Internet zu holen habe und welche nicht. Diese Entwicklung ist gefährlich und die Dynamik, die daraus entstehen könnte zu einer Zensur führen, die ich in aller Entschiedenheit ablehne. Es braucht uneingeschränkter Zugang zum Internet für alle. Deshalb müssen wir diese Entwicklung jetzt stoppen, bevor es zu spät ist.

Urs von Lerber (Luterbach): ich schliesse mich dem Vorredner an. Netzsperrungen sind sehr komplex. Es gibt Firmen, die sperren einiges im Internet. Dies hat zur Folge, dass auch Informationen nicht mehr abrufbar sind, die man zum arbeiten bräuchte. Also kann sich dies kontraproduktiv auswirken. Dies wird sehr unterschiedlich diskutiert. Hinzu kommt, dass Netzsperrungen leicht zu umgehen sind und es für die Aufrechterhaltung einen sehr grossen Aufwand bedarf. Mir geht es in erster Linie darum, die Freiheit im Internet nicht einzuschränken. Deshalb bitte ich euch das Gesetz abzulehnen und für das berechnete Anliegen zum Schutz vor der Spielsucht nochmals über die Bücher zu gehen. **Susanne Schaffner:** mit diesem Gesetz wird keine Zensur eingeführt, es geht hier nur um online-Geldspielangebote für Firmen, die ihren Sitz nicht in der Schweiz haben.

Und diese Sperren richten nicht private Firmen ein, sondern der Staat mit einem Verfassungsauftrag. Klar ist dies ein Eingriff, aber nicht zu Lasten allgemeiner Informationen, sondern nur zum Schutz der Spielsucht und der Gelder für die Allgemeinheit.

Raphael Bucher (Trimbach): Ich arbeite in der Internetbranche. Es ist so, heute ist es verboten im Netz Geldspiele anzubieten. Das bedeutet, wir reden von einer Netzsperrung, damit wir das Gesetz durchsetzen können. Die Netzneutralität bleibt dabei vollumfänglich gewahrt. Es stimmt, diese Sperren können umgangen werden, deshalb kann man doch nicht von einem notwendigen Gesetz absehen. Es braucht ein Mittel diese Angebote zu verhindern. Deshalb plädiere ich klar für ein Ja. (Applaus)

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss: die Delegierten beschliessen bei 5 Gegenstimmen und einer Gegenstimme die JA-Parole zum Geldspielgesetz.

Als Dank erhalten Roberto, Philipp, Oswald und Susanne je eine Flasche Wein.



8. Varia

- Informationen von Kantonsrat Simon Gomm (JSPRO) zur kantonalen Volksinitiative «mehr Mitsprache» Die Initiative (Änderung Gemeindegesetz) fordert, dass die Gemeinden bestimmen dürfen, ob Menschen mit Ausweis C in den Gemeinden abstimmen dürfen. Initiative wurde Ende April eingereicht. (Aufruf die Initiative zu unterschreiben) Komitee: JSPRO, JUSO, junge Grüne, SP, Kultur usw.
- Informationen von Moira Walter, JUSO Kanton Solothurn zur eidgenössischen Volksinitiative 99%. (Aufruf die Initiative zu unterstützen)

Franziska Roth:

- bitte Abstimmungsmaterial mitnehmen



Gute Heimreise und danke fürs Kommen. Der Parteitag ist geschlossen: Applaus



Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 2. Juli 2018